

Francois Hollande zieht erste Bilanz nach sechs Monaten Amtszeit: Frankreichs SP-Präsident kämpft gegen radikalen Vertrauensverlust

DANNY LEDER

šMontrer un Capō (sinngemäß: eine Richtung weisen). Dieser Leitspruch stand gestern im Mittelpunkt der ersten großen Pressekonferenz von Präsident Francois Hollande sechs Monate nach seinem Amtsantritt. Tatsächlich leidet der sozialistische Staatschef unter einem dramatisch anmutenden Imageverlust in der französischen Öffentlichkeit: seine bisherigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen gelten vielfach als verworren, seine Erklärungen als mangelhaft bis unverständlich. Er sei ein Zauderer und perspektivloser Taktierer, dem sein eigenes Regierungslager aus dem Riemen laufe, und der vor den überlebenswichtigen Reformschritten zurückweiche, so der Vorwurf der bürgerlichen Opposition, die den Kult des abgelösten Staatschefs und Dauerakteur Nicolas Sarkozy pflegt.

Ähnliche Sorgen plagen sogar andeutungsweise einen Teil der linksliberalen Medien und inoffiziell so manchen SP-Politiker. Vom deutschen EU-Partner, ob CDU-Regierung oder (einigen) SPD-Pesönlichkeiten, schallt es gleichermaßen kritisch nach Paris. Vor allem aber würden, laut Umfragen, nur mehr ein Drittel der Franzosen dem SP-Staatschef švertrauenō ó ein Minusrekord in einer Minimalzeit, den Hollande allerdings gemein hat mit dem einstigen bürgerlichen Präsidenten Jacques Chirac, der dann immerhin ein zweites Mandat schaffte und extrem populär wurde.

Im Detail seiner Bilanz kann man freilich nicht von Zaudern sprechen, eher schon von einer gewissen Widersprüchlichkeit. Einerseits setzte Hollande gleich zu Beginn, wie im Wahlkampf versprochen, für jene Arbeitnehmer, die 41 Beitragsjahre aufweisen, das Rentenaltersalter von 62 wieder auf 60 Jahre herunter. Er annullierte das Prinzip des Beamtenabbaus von Sarkozy (von zwei pensionierten Bediensteten wird nur einer ersetzt), strich die ebenfalls von Sarkozy zuletzt beschlossene Mehrwertsteuer-Erhöhung, ließ die (von Sarkozy verringerten) Steuern für Spitzenverdiener, Eigner von Großvermögen und Konzerne wieder kräftig anheben und startete ein Programm für die Schaffung von 150.000 staatlich gestützten Jugendjobs bis 2014.

Andererseits verpflichtete sich Hollande, Frankreichs Budgetdefizit von über 4,5 Prozent 2012 auf drei Prozent 2013 zu reduzieren. Für diesen Kraftakt, angesichts der Stagnation der französischen Wirtschaft, verkündete er noch vor dem Sommer eine Steuerlawine von 20 Milliarden Euro, die nun mehr auch die Mittelschichten traf. Dazu kamen Einsparungsmaßnahmen von 10 Mrd. Euro, wobei der Beamtenabbau ó mit Ausnahme des Schulwesens und der Polizei ó noch radikaler als unter Sarkozy ausfallen dürfte.

In der Vorwoche kam schließlich eine echte ó Unternehmer-freundliche ó Wende, die den ersten, sozialen Maßnahmenschub nachträglich als Beruhigungsspiel für die Gewerkschaften und linke Wählerbasis erscheinen lässt. Die Regierung dekretierte einen šPakt für die Wettbewerbsfähigkeitō, der die radikal eingebrochene Industrieproduktion retten und Frankreichs Arbeitslosenrate (derzeit über zehn Prozent) wieder senken soll. Dafür wird es eine auf drei Jahre gestaffelte Senkung der Lohnnebenkosten von insgesamt 20 Mrd. Euro geben. Die Finanzierungsmethode ist ein Schock für Frankreichs Linke: 10 Mrd. sollen durch weitere öffentliche Sparmaßnahmen aufgebracht werden, die übrigen 10 Mrd. werden durch

eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19,6 auf 20 Prozent kompensiert. Das ist fast die selbe Maßnahme, die Sarkozy eingeführt und Hollande ursprünglich abgeschafft hatte, nur dass diesmal Grundnahrungsmittel nicht betroffen sind, und dass Sarkozy die Mehrwertsteuer auf 21,2 Prozent erhöht hatte.